№ 470. Beiblatt.

# Volks-Zeitung.

Berlin.

Dienstag, 7. Oktober.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

1902. — 50. Jahrgang.

Gratis-Beilage: „Gutenberg's Illustrirtes Sonntagsblatt."

## IX. Jahres-Versammlung des Zentralverbandes von Ortskrankenkassen im Deutschen Reiche.

**Hamburg**, d. 6. Okt. 1902.

Die heutige erste Hauptversammlung des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen wird vom Vorsitzenden Apotheker Steinmetz-Leipzig eröffnet. Er begrüßt die Delegirten und erschienenen Ehrengäste und theilt mit, daß an eine große Anzahl von staatlichen Behörden Einladungen zur Theilnahme an dem Kongreß ergangen sind. Graf Posadowsky, Präsident des Reichsversicherungsamtes Gädel und Präsident des Reichsversicherungsamtes Dr. Köhler bedauern, daß die Geschäftslage ihrer Aemter die Entsendung von amtlichen Vertretern nicht gestattet habe, erklären aber, daß sie von dem Ergebniß der Verhandlungen mit Interesse Kenntniß nehmen werden. Einladungen zur Theilnahme an dem Kongreß sind an 199 Ortskrankenkassen gerichtet worden, die wohl alle der Einladung entsprochen haben. Es sind gegen 200 Delegirte anwesend.

Die Herren Dr. Lappenberg und Dr. Schwenke begrüßen den Kongreß namens Hamburgs und wünschen den Berathungen guten Erfolg.

Direktor Ullmann-Leipzig erstattet als Geschäftsführer des Verbandes den Geschäftsbericht.

Gräf-Frankfurt a. M. ist mit der Geschäftsführung und dem Geschäftsbericht einverstanden, er bedauert aber, daß der Geschäftsführer nicht zu berichten wußte, über Verhandlungen zwischen der Regierung und der geschäftsführenden Kasse wegen der **Neugestaltung des Krankenversicherungsgesetzes.**

Es scheine, daß die Regierung bei den Vorbereitungen zur Novelle den Zentralverband übergehen wolle. Der Verband habe aber ein Recht darauf, gehört zu werden. Mit dem freundlichen Ablehnungsschreiben dürfe man nicht zufrieden sein, das sei eine angemessene

**Behandlung von Schwimmklubs,**

aber nicht von so ersten Organisationen, wie sie der Zentralverband der Ortskrankenkassen darstelle. Die Regierung solle sich also künftig auf den Jahresversammlungen des Zentralverbandes vertreten lassen. (Beifall.)

Vorsitzender Steinmetz ersucht, recht ruhig und sachlich zu verhandeln, solche Illustrationen wie die Heranziehung der Schwimmklubs beiseite zu lassen. Man würde ohne diese bitteren Worte weiter kommen.

Dr. med. Paul Schenk-Berlin hält hierauf seinen Vortrag über das Thema:

**Alkohol und Krankenkassen.**

Er erörtert die Gefahren des Alkoholismus vom medizinischen Standpunkt und zeigt, wie stark die Belastung der Krankenkassen durch die durch den Alkoholgenuß hervorgerufenen Krankheiten und Unfälle ist. 2000 Personen sterben jährlich in Folge von Trunksucht, 1600 enden in Folge Alkoholismus durch Selbstmord. Die Krankenkassen der Berufe, die besonders spirituosenfällig zu werden pflegen, haben eine besonders hohe Krankheitsfälligkeitsziffer zu verzeichnen. Die Krankenkassen dürften nicht die Gesichtspunkte der Moral in den Vordergrund stellen, sondern müßten sozialpolitische Anstalten sein. Deshalb dürften Trunksüchtige nicht schlechter behandelt werden, als andere Kranke. Die Krankenkassen schädigten sich ja auch am letzten Ende selbst, wenn nicht der einzelne Trunksüchtige allein werde in Mitleidenschaft gezogen, sondern seine ganze Familie gerathe ins Elend und solle schließlich dadurch wieder der Kasse zur Last. Er rede keineswegs völliger Abstinenz das Wort. Ganz mäßiger Alkoholgenuß sei nicht schädlich. Ein Liter Weinsüße im Sinne seiner Ausführungen. Sie könnten täglich zugestanden werden. Der Referent vertritt schließlich die Leitsätze im Sinne seiner Ausführungen.

In der sich sehr interessant gestaltenden Debatte wird die Frage des Alkoholmißbrauchs, dessen schwere Schädigung des menschlichen Organismus Niemand verkennt, auch unter dem sozialpolitischen Gesichtswinkel betrachtet. So führte Graef-Frankfurt aus, daß auch andere Faktoren als die von dem Referenten angeführten Schuld seien an dem Alkoholmißbrauch. Die sozialen Schäden seien es, die vielfach die schlecht ernährten Proletarier dem Alkoholismus zuführen. Diese gefährliche Volkspest werde dem Alkoholismus zuführen. Diese gefährliche Volkspest weiter dem Alkoholismus zuführen. Diese gefährliche Volkspest werde am besten bekämpft, wenn man dafür Sorge trage, daß der Arbeiter hinsichtlich seiner Lohnverhältnisse besser gestellt werde, damit er mehr für seine Ernährung ausgeben könne. Zu engsten Zusammenhang damit stehe die Wohnungsfrage. Alle diese Faktoren müsse man in Betracht ziehen, wenn man die Frage erschöpfend behandeln wolle. Wenn der Vorredner gemeint habe, Montag früh ereigneten sich die meisten Unfälle, so werde von anderer einwandfreier Seite behauptet, daß die meisten Unfälle am Ende der Woche und kurz vor Schluß der Arbeitszeit in Folge der Uebermüdung der Arbeiter vorkommen.

Denselben Standpunkt vertritt Simanowski-Berlin. Die Leitsätze des Referenten werden zurückgezogen. Die folgende Resolution Prinz-Stettin wird angenommen:

Die Jahresversammlung hält es im Anschluß an die werthvollen Ausführungen des Herrn Dr. Schenk für eine wichtige Aufgabe der deutschen Krankenkassen-Verwaltungen, der Bekämpfung des Alkohols fortlaufend das größte Interesse zu widmen und durch fortlaufende Belehrung der Kassenmitglieder dieses Interesse zu bethätigen. Im weiteren hält es die Jahresversammlung für eine wichtige Aufgabe der Kassenärzte, auch ihrerseits die Mitglieder fortlaufend in entsprechender Weise auf die Gefahren des Alkoholmißbrauchs aufmerksam zu machen.

Kohn-Berlin berichtet über Bemühungen beim Reichsamt des Innern um Veranstaltung einer

**Krankheitsstatistik,**

die aber erfolglos gewesen sind, weil das Reichsamt nicht in der Lage zu sein behauptete, die dafür erforderlichen Mittel derzeit bewilligen zu können. Der Kongreß müsse darüber sein Bedauern aussprechen.

Dr. Chr. J. Klumker-Frankfurt a. M. spricht hierauf über

**„Fürsorge für Erholungsbedürftige."**

Der Referent empfiehlt die folgenden Leitsätze:

1. Die Fürsorge für Erholungsbedürftige ist eine unentbehrliche Ergänzung jeder Krankenpflege. Das gilt vor allem bei Genesenden nach schweren akuten Erkrankungen, ebenso auch bei Genesenden von chronischen Krankheiten und bei Erholungsbedürftigen aller Art.

2. Diese Fürsorge kann bei den Krankenkassen in den verschiedensten Formen geschehen: Gewährung längerer Schonung, Lieferung von Stärkungsmitteln, Bädern und dergl. Beurlaubung zu Verwandten auf's Land mit erhöhtem Krankengeld, Unterbringung bei Familien auf dem Lande, in Walderholungsstätten und Genesungshäusern.

3. Sie erfordert ein sorgfältiges Ineinandergreifen aller Versicherungsarten, um Unterbrechungen der Pflege zu vermeiden. Wo die Versicherungen nicht ausreichen, ist ein rechtzeitiges Eingreifen der privaten und öffentlichen Wohlthätigkeit unentbehrlich.

4. Um die örtlichen Gelegenheiten zu billiger Versorgung der Erholungsbedürftigen recht auszunutzen, sollten alle Einrichtungen dieser Art an einem Orte oder in derselben Gegend durch geeignete Vereine, Vermittelungsstellen ꝛc. in enge Fühlung gebracht werden.

5. Bei der Auswahl für diese Fürsorge ist eine einseitige Bevorzugung bestimmter Krankheiten zu vermeiden, vielmehr nur nach dem möglichen Erfolg der Kur zu entscheiden. Gerade zur Vorbeugung gegen die Tuberkulose ist dies der beste Weg. Die Zusammenlegung von leichten Fällen der Tuberkulose mit anderen Erkrankten, wie sie vielfach geübt wird, ist unbedenklich, wenn geeignete Vorkehrungen getroffen sind (getrennte Schlafräume, Erziehung zu richtiger Behandlung des Auswurfs, Desinfektion).

6. Bei Genesungshäusern ist ihre volle Ausnutzung auch im Winter anzustreben. Der stärkere Andrang im Sommer ist durch Organisationen mit geringen Anlagekosten (Walderholungsstätten, Familienpflege) zu versorgen.

7. Einrichtungen auf diesem Gebiet zu schaffen, ist neben den größeren Krankenkassen in erster Linie Sache von Staat, Gemeinden, Versicherungsanstalten. Die private gemeinnützige Thätigkeit, die zur Zeit nicht entbehrt werden kann, sollte von ihnen auf's kräftigste unterstützt werden.

Zu scharfer Weise polemisirt der Redner gegen die

**Berufsgenossenschaften**

wegen ihrer Engherzigkeiten bei Gewährung von Renten. Die Berufsgenossenschaften schädigten sich dadurch selbst, denn später fielen ihnen die durch rechtzeitiges Eingreifen kurirten doch zur Last. Nothwendig sei es auch, daß die Krankenkassen den Mitgliedern behilflich seien, die ihnen zustehenden Renten zu erhalten. Sehr häufig verschlechtere der leidige Kampf um die Rente den seelischen und körperlichen Zustand der Kranken. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Leunhoff-Berlin macht in der Diskussion darauf aufmerksam, daß der Werth der Winterkuren von Aerzten wie Laien noch viel zu gering taxirt werde. Gerade im Winter seien für Genesende die besten Erfolge erzielt worden. Dem Zustande, daß die Genesungsheime im Winter leer stehen müssen, müsse ein Ende gemacht werden. Die Aerzte müßten sich mehr mit den Aufgaben der sozialpolitischen Gesetzgebung vertraut machen. Zu diesem Zwecke werde in nächster Zeit ein

**Aerztekongreß**

einberufen werden. (Bravo!) Redner empfiehlt schließlich die Ausgestaltung der Walderholungsstätten, wie sie Berlin, Frankfurt a. M. und Leipzig schon errichtet haben.

Graef-Frankfurt a. M. vertritt die Ansicht, daß die Errichtung von Erholungsstätten und Genesungsheimen nicht so sehr Sache der Krankenkassen, als der Landesversicherungsanstalten und der Gemeinden sei. Namentlich für Nervenkranke müsse aber viel mehr als bisher geschehen sei, gethan werden.

Nach kurzer weiterer Diskussion werden die Leitsätze des Referenten mit einer Resolution Wendland-Magdeburg angenommen, in der es für dringend geboten erklärt wird, daß der weitere Ausbau der Rekonvaleszentenpflege nur möglich ist auf Grund einer Zentralisation der Krankenkassen-Einrichtungen am Ort und die Gründung von Kassen-Verbänden über den Bezirk der Aufsichtsbehörde.

Vertreten auf dem Kongreß sind 111 Kassen durch 184 Delegirte, die 1 654 278 Kassenmitglieder repräsentiren.

Damit schließen die Berathungen. Nächste Sitzung Dienstag früh 8 Uhr.

## Generalversammlung des Bundes deutscher Frauenvereine.

**Wiesbaden**, den 5. Oktober 1902.

In der gestrigen geschlossenen Versammlung wurden in den Vorstand des Allgemeinen deutschen Frauenvereins gewählt: Lehrerin Frl. Helene Lange-Berlin erste Vorsitzende, Frau Dr. Henriette Goldschmidt-Leipzig zweite Vorsitzende, Frl. Brandt-Leipzig Kassirerin, Frl. Anna Schmidt-Leipzig, Frl. Dr. Käthe Windscheid-Leipzig, Frau Pache-Leipzig, Frau v. Förster-Nürnberg, Frau Hecht-Tilsit und Frau Professor Dr. Kruckenberg-Bonn Beisitzende.

Heute berathen die Rheinisch-Westfälischen Frauenverbands folgenden Antrag des Rheinisch-Westfälischen Frauenvereine wolle zu wirksamer Ausgestaltung der Agitation die Begründung von Einzelverbänden oder die Schaffung von Propagandazentralen für jeden Staat und jede Provinz anregen, um von solchen Stellen aus das ganze Land, auch kleine und kleinste Städte, den Ideen der Frauenbewegung zu erschließen und die Bundesidee in allen Vereinen lebendig zu erhalten."

Nach kurzer Besprechung gelangte der Antrag einstimmig zur Annahme.

Frau Hanna Bieber-Böhm-Berlin berichtete danach über die Arbeiten der

**Kommission für Hebung der Sittlichkeit.**

Die Rednerin theilte mit: „Die Kommission habe mit Unterstützung mehrerer Aerzte die Abfassung einer Broschüre über infektiöse Krankheiten von Dr. Hergen an die Studenten herausgegeben. Zu dieser Broschüre, die unentgeltlich an die Studenten auf allen deutschen Universitäten vertheilt wurde und den Titel „Wissenschaft und Sittlichkeit" führt, habe auf Bitten der Kommissionsmitglieder Professor Dr. Harnack das Vorwort geschrieben. Mit der Anstellung von

**Polizeimatronen**

habe die Kommission keine günstigen Erfahrungen erzielt. Die Kommission habe es daher vorgezogen, durch persönliches Einwirken auf ihre gefallenen Mitschwestern etwas zu erreichen und auf diesem Wege bessere Erfolge erzielt. (Beifall.)

Fräulein Ottilie Hoffmann-Bremen berichtet alsdann über die Arbeiten der

**Kommission zur Bekämpfung des Alkoholismus.**

Die Kommission habe Volkskaffeehäuser errichtet und darauf hingewirken gesucht, daß auf das Volk, ganz besonders auf die Jugend, in dieser Beziehung erzieherisch eingewirkt werde. Die Kommission habe in zahlreichen Flugblättern u. s. w. den Trinkzwang und die Trinksitte bekämpft. Sie sei in ihren Arbeiten von der Presse und vielen Vereinen, insbesondere von Lehrern und Lehrerinnen sehr unterstützt worden. Im Namen des Komitees sei sie die Rednerin zu dem vom 14. bis 19. April 1903 stattfindenden internationalen Anti-Alkoholistenkongreß in Bremen eingeladen. Auf diesem werden Frauen aller Kulturländer, selbst aus Amerika, vertreten sein. Ein großes Verdienst habe sich der Kultusminister durch die Anordnung, in allen Schulen Tafeln aufzuhängen, auf denen auf die Folgen des Alkoholgenusses hingewiesen werde, erworben. Es sei dies um so dankenswerther, da leider der Alkoholgenuß selbst in der Schuljugend immer mehr um sich greife.

In der Besprechung wiesen alle Rednerinnen auf die furchtbaren Verheerungen hin, die die Trunksucht auf das gesammte Volksleben ausübe.

Lehrerin Fräulein Marie Lischnewska-Spandau stellte im Namen des Rudolstadter Frauenvereins den Antrag:

Bei dem Bundesrath dahin zu petitioniren, daß Trunkenheit bei Sittlichkeitsverbrechen nicht mehr als Milderungsgrund gelten dürfe. (Beifall.)

Redakteur v. Gerlach-Berlin: Er müsse als Jurist dem Antrag in dieser Fassung widersprechen. Es gebe in der That unverschuldete Trunkenheit. Wenn z. B. einem Menschen ein Getränk hinter seinem Rücken gemischt werde, dann sei doch die Trunkenheit eine unverschuldete.

Oberst a. D. Galli-Berlin: Er erachte es für erforderlich, daß die Damen eine größere Indignation gegen die Trunksucht der Männer bezeugen. Er habe oftmals wahrgenommen, wie junge Männer jungen Mädchen gegenüber sich geradezu mit ihrer Kneiperei brüsten und die jungen Mädchen dies lächelnd anhörten. Ja, es werde angenommen, daß jungen Männern nicht einmal von den jungen Damen ein Zuzeichen ausgeschlagen.

Eine schweizerische Delegirte theilt mit: In der Schweiz bestehe eine große Anzahl abstinenter Gymnasiastenverbindungen, in

## Feuilleton.

**Neues Königliches Operntheater.** Gestern fand das erste der großen Konzerte des „Tonkünstler-Orchesters" unter Direktion von Richard Strauß statt. Sie figurieren auf dem Programm jetzt als „moderne Konzerte". Ein kurioser Name! Was war, was ist nicht alles modern, um nach nicht langer Zeit — unmodern zu sein? Was wurde, was wird von unseren elegantan Damen und Herren nicht schon getunden, um bald einmal als häßlich und lächerlich in die Rumpelkammer geworfen zu werden? So kann also der neue Name nicht gemeint sein, denn er würde seinem Erfinder die schnelle Vergänglichkeit, gleichsam ein Todesurtheil prognostizieren. Auch daß die Programme ausschließlich Werke, am liebsten Neuheiten, von lebenden Komponisten bringen, bedeutet er nicht, denn die todten Anton Bruckner, Alexander Ritter und Franz Liszt figurieren auf dem gestrigen. So giebt es für mich nur eine Erklärung der neuen Bezeichnung, daß in diesen Konzerten, mit schuldiger Verbeugung vor einigen sterblichen und unsterblichen Neudeutschen, hauptsächlich Altäre errichtet werden sollen für den Kultus der Neudeutschen, die von Richard Strauß ihren Ausgangspunkt nehmen. Richard Wagner war eine lange Zeit für alles, was Notenpapier beschrieb, ein solcher. Das hat sich jetzt geändert; Losungswort der musikalischen „Moderne" ist: „Strauß contra Wagner." Der Unterschied zwischen dem Genie Wagner und dem ohne Frage genialischen Tonsetzer, der an der Spitze unserer königl. Kapelle steht, kann und soll hier nicht abgewogen werden. Zweifellos ist er kein geringer. Dennoch liegt es mir fern, Opposition zu machen gegen Prinzipien, die von allen divergiren; gegen neue Wege, die zu einem neuen Ziele hinführen. „Wir, wir leben, unser sind die Stunden, und der Lebende hat Recht," sagt ja schon Schiller, und mit Recht. Zu untersuchen bliebe nur, ob der neue Prophet ein echter ist, und ob seine Lehre einst ein Evangelium werden wird für alle Musikfreiheit, die heute noch ihren Wagner und ältere und älteste Götter anbeten. Ich habe schon oben Richard Strauß einen genialischen Komponisten genannt, und damit ist die erste Frage zum Theile bejaht; die zweite wird und kann erst die Zukunft beantworten. Für meine Schätzung von Richard Strauß war mir gestern wieder einmal die „Friedensserklärung" aus seinem Musikdrama „Guntram" Bestätigung, die der Tenorist Herr Eugar Forchhammer aus Dresden sang. Dieser ist ein Wagner-, pardon Straußsänger, comme il faut; zu Anfang machte sich eine gewisse Erwärmung besonders in der Mittellage bemerkbar, die aber schließlich mit Glück überwunden wurde. Der Künstler sang auch noch einen Monolog aus der Oper „Der faule Hans" von Alexander Ritter und brachte ihn zu angenehmer Wirkung. Auch diesen Komponisten könnte man in gewissem Sinne „Straußianer" nennen, doch merkt man ihm zu sehr das Weben eines „Jüngers" an. Vom Komponisten selbst wurden unter des „Weiserlages", Mag Schillings, wurde „ein Zwieg-Spruch" (zwischen Violine und Violoncello) mit Begleitung eines kleinen Orchesters aufgeführt. Dieser Dialog hat eine Geschichte in Berlin. Weingartner wollte ihn einmal in einer Soirée der kgl. Kapelle spielen. Am Mittag in der Hauptprobe fand er aber solche Opposition, daß er vom Programm abgeht und dafür am Abend die Tannhäuser-Ouvertüre gemacht wurde. Wäre dies doch gestern auch geschehen! Wir hätten uns nicht brauchen zwanzig Minuten lang quälen und langweilen zu lassen. Uebrigens ließ die Ausführung manches zu wünschen. Die Solo-Violine, Herr Konzertmeister Arensohn, war vorzüglich und Frau Elisabeth Ohlhoff-Smit) zu robust im Ton. Auch im allgemeinen entbehrten mit die Leistungen der „Tonkünstler" nicht so ausgeglichen wie sonst. Kapellmeister und Solist wurden von dem ziemlich zahlreichen Publikum durch Beifall und Hervorrufe ausgezeichnet. Zu rechtem Enthusiasmus wollte es aber nicht kommen, auch bei der Bruckner'schen C-moll-Symphonie nicht, die den Anfang machte. Liszt's „Freiklänge" bildeten den Schluß.

Albert Werkenthin.

**„Altes Blech."** Unlängst war gemeldet worden, die einst so berühmte Wiener Wagner-Sängerin Frau Friederike Materna sei in arge finanzielle Bedrängniß gerathen. Ein Wiener Advokat Dr. Heinrich Steger, dem die Künstlerin, wie es scheint, die Ordnung ihrer Angelegenheiten übertragen hat, berichtet jetzt in der „Neuen Freien Presse", schreibt, nachdem er diese Wagner's zu Frau Materna und schreibt, nachdem er diese in Graz besucht, u. a.: „Die Frau, welcher der Meister wenige Wochen vor seinem Tode in rührender Dankbarkeit schreibt, sie sei wie ein erfülltes Weihnachtsfest in sein Leben getreten — diese herrliche Künstlerin ist gegenwärtig ganz mittellos!" (Folgt die Aufforderung an das Haus Wahnfried, die nothleidende Künstlerin nicht im Stich zu lassen.) An den Wänden ihres Musikzimmers hängen verschiedene Bildnisse des Meisters mit eigenhändigen Widmungen, in denen der großen Sängerin höchstes Lob gespendet wird; in allen Ecken stehen seine Büsten, die er ihr zu verschiedenen Gelegenheiten geschenkt hat; besonders schön ist eine Statue Wagner's, die ihn in der Stellung des Dirigenten darstellt, sehr interessant der Entwurf der „silberne Lorbeerkranz, den der Meister Frau Materna nach der Erstaufführung der „Walküre" 1876 in Bayreuth mit entsprechender Widmung überreicht hat. Auf einem Bildnisse Wagner's steht mit großen Zügen geschrieben: „Seiner theuren Brünhilde — Wagner Wotan!" Ich sah alle diese Wandelkoration die Waffen geschmackvoll arrangirt, welche die Künstlerin 1876 als Brünhilde getragen: Helm, Schild und Speer; wie alle Gegenstände, sind auch diese der Pfändung unterzogen worden, und mit kalter Grausamkeit hat der Gerichtsvollzieher im Pfändungsprotokoll diese Waffen geschätzt: „Altes Blech — Werth 4 Kronen!] Dieses unbarmherzige Urtheil spricht Bände und verhilft jedermann zu eingehenden Betrachtungen über die Wandlung der Dinge auf dieser Welt, über den schneidigen Gegensatz von Poesie und Prosa im Leben u. s. w."

**Im Deutschen Volkstheater** zu Wien hatte Kronawetters Schauspiel „Andreas Hofer" einen starken Erfolg. Herr Eppenstein spielte die Titelrolle vortrefflich.

**Das interimistische Hoftheater in Stuttgart** soll am 12. d. M. mit einer „Tannhäuser"-Aufführung eröffnet werden.

**Vergnügungsfahrten unter See** — wen das noch nicht reizt! Das französische Marineministerium hat das seiner Zeit so viel Aufsehen erregende Unterwasserschiff „Goubet" an ein Genfer Syndikat verkauft, das es zu einem kleinen Vergnügungsschiffe umbaut. Die Fahrten sollen unter dem Wasserspiegel im Genfer See stattfinden. Jede Fahrt beträgt 25 Kilometer, und das Billet kostet 20 M. Bei Betreten des Schiffes erhält jeder Passagier — eine Lebensversicherungspolice auf 2000 M.!

## Heiteres.

Ein Lebemann, dem nichts im Leben so schmerzlich geworden ist, wie der Abschied von der Jugend, begegnet nach langer Trennung einer intimen Freundin. Diese betrachtet ihn erstaunt und ruft dann: „Hugo, was ist denn das, Du bist ja blond geworden! Wo sind denn Deine grauen Haare geblieben?"

Und Hugo antwortet lächelnd: „Die grauen Haare? Ja, liebes Kind, so etwas darf man sich erlauben, so lange man noch jung ist."

*

Läßt tief blicken. Der kleine Peri (als auf der Bühne ein Betrunkener auftritt): „Je, Mutter — der ganze Vater!"

Jürich allein acht; in München sei jedoch der abstinente Gymnasiasten-Verband eigenthümlicherweise verboten worden. Es sei das um so bedauerlicher, wenn man erwäge, daß in Nordamerika infolge Trunksucht jährlich 120 000 Kinder Waisen, 150 000 Frauen Wittwen werden und in England 40 000 Ehescheidungen stattfinden.

Frau Scheven-Dresden meinte: Es müsse darauf hingewirkt werden, daß die abstinenten Gymnasiasten-Verbände nicht nur geduldet, sondern nach Kräften gefördert werden. In Württemberg bestehen im Uebrigen abstinente Gymnasiastenverbände.

Frau Professor Dr. Kruckenberg-Bonn: In den Gymnasien seien die von dem Kultusminister angeordneten Tafeln bereits vielfach verschwunden. Ihrem Sohn, der die Prima eines Bonner Gymnasiums besuche, sei auf seine Frage, weshalb die Tafel verschwunden sei, die Antwort geworden:

**Die Tafel sei nur für die Volksschulen. (!)**

Fräulein Lischnewska fügte ihrem Antrage das Wort „selbstverschuldete" hinzu. In dieser Fassung gelangte der Antrag einstimmig zur Annahme.

Lehrerin Fräulein **Alice Salomon**-Berlin berichtet alsdann über die Arbeiten der

**Kommission für Arbeiterinnenschutz.**

Die Rednerin theilte mit: Die Kommission habe an die zuständigen Behörden eine Petition zwecks Herbeiführung des Arbeiterinnenschutzes gerichtet und ganz besonders die Veranstaltung amtlicher Erhebungen über Arbeitszeit, Löhne, Schutzvorrichtungen 2c. verlangt.

Frau Hanna **Bieber-Böhm**-Berlin befürwortete danach folgenden Antrag:

„Der Bund wolle es sich zur Aufgabe machen, das Interesse für die vordringende Fürsorge-Erziehung in den weitesten Kreisen zu wecken und zu fördern, und die einschlägigen Kommissionen beauftragen, den Bundesvereinen auf Wunsch Rednerinnen zur Verfügung zu stellen."

Dieser Antrag gelangte sogleich einstimmig zur Annahme.

**Schule und Gartenbau.**

Frau Marie **Wagner**-Düsseldorf befürwortete folgenden Antrag des Vereins Frauenfürsorge Düsseldorf:

„Der B. d. Fr. wolle eine Petition an die deutschen Regierungen senden: 1. Landwirthschaftliche Frauenschulen auf dem Lande zu errichten und die bereits bestehenden zu unterstützen; 2. die Ausbildung der Volksschullehrer und Lehrerinnen im Gartenbau mehr als bisher zu fördern und überall an den ländlichen Volksschulen Schulgärten einzurichten."

Der Antrag gelangte mit dem Zusatz: „und Gartenbauschulen" zur Annahme.

**Der Kampf gegen die Prostitution.**

Eine sehr lange, lebhafte Besprechung veranlaßte folgender Antrag des Zweigvereins Dresden der Internationalen Föderation: Der Bund wolle beschließen, den Kampf gegen die staatlich reglementirte Prostitution als Programmpunkt nachdrücklicher als bisher zu betonen und sowohl der Oeffentlichkeit als den gesetzgebenden und ausführenden Gewalten gegenüber Stellung zu dieser Frage zu nehmen.

Frau Scheven-Dresden: Der Bund deutscher Frauenvereine habe es von jeher als seine heiligste Aufgabe angesehen, der Reglementirung der Prostitution entgegenzutreten. Die Reglementirung der Prostitution sei

**die größte Schmach,**

die dem weiblichen Geschlecht angethan werde. Der Staat habe kein Recht, die Frauen zu einer Sklavensache zu machen. Die dadurch dem weiblichen Geschlecht angethane Schmach treffe alle Frauen ohne Unterschied. Die deutschen Frauen müßten mit vollem Nachdruck laut und vernehmbar ihre Stimme erheben und verlangen, daß die Reglementirung der Prostitution aufgehoben werde. Wenn sich die Frauen nicht rühren, dann bekomme man in nicht allzu langer Zeit öffentliche Häuser. In einigen Städten Sachsens, wie Döbeln, Mittweida u. s. w., habe man in dieser Beziehung bereits den Anfang gemacht. (Hört! Hört!) Auf dem internationalen Sittlichkeitskongreß in Brüssel sei mitgetheilt worden, daß man in Elsaß-Lothringen mit der Absicht umgehe, öffentliche Häuser zu errichten. Es sei zur Genüge bekannt, daß die öffentlichen Häuser die besten Absatzmärkte für den Sklavenhandel des weiblichen Geschlechts bilden. Sie ersuche, dem Antrag einstimmig zuzustimmen. (Lebhafter Beifall.)

Fräulein Anna **Pappritz**-Berlin theilt mit: Auf dem internationalen Sittlichkeitskongreß in Brüssel faßte ein Redner: diese Frage sei auf einem internationalen Kongreß nicht zu erledigen, denn die Hingabe zur Prostitution hänge im wesentlichen von der sozialen Stellung der Frau ab. Dieser Mann schiene nicht zu wissen, daß er damit gerade der Nothwendigkeit der Beseitigung des Reglements das Wort geredet habe.

Frau **Bieber-Böhm**-Berlin bezeichnete die Prostitution als das gemeingefährlichste Gewerbe; es sei noch bedeutend gemeingefährlicher und richte viel verheerendere Folgen an, als das Spiel und der Wucher. Der Staat sollte sich daher nicht dazu hergeben, dieses gemeingefährliche Gewerbe durch den § 361, Ziffer 6 des Strafgesetzbuches zu sanktioniren. Sie ersuche, den Antrag der Frau Scheven dahin zu ändern, daß anstatt der Worte: „staatlich reglementirte Prostitution" „das staatlich geduldete Gewerbe der Prostitution" gesetzt werde.

Lehrerin Fräulein Helene **Lange**-Berlin: Sie stimme der Vorrednerin bei, sie sei aber der Meinung, daß deren Verlangen vorläufig nicht zu erreichen sein werde. Sie ersuche daher Frau Bieber-Böhm, ihren Abänderungsantrag zurückzuziehen.

Fräulein Dr. jur. Anita **Augspurg**-München: Die Reglementirung der Prostitution ist eine so furchtbare Schmach, daß sie längst beseitigt wäre, wenn die deutschen Frauen einen

**Sturm der Entrüstung**

entfachen würden. Ich erinnere daran, daß in Norwegen die Frauen in geschlossenem Zuge im Sturm

**in das Parlament drangen**

und das Stimmrecht verlangten. Dies war ja allerdings nicht ganz parlamentarisch (Heiterkeit), aber das Verfahren war von Erfolg. (Beifall.) Wenn die Frauen Deutschlands eine ähnliche Demonstration (um Gotteswillen, hören Sie auf, Frl. Doctor!) zur Beseitigung der dem weiblichen Geschlecht angethanen Schmach inszenirten, dann würde die Reglementirung in kurzer Zeit aufgehoben werden. (Lebhafter Beifall.)

Frau Bieber-Böhm zog hierauf ihren Abänderungs-Antrag zurück. Danach gelangte der Antrag der Frau Scheven einstimmig zur Annahme.

Im weiteren wurde sogleich folgendem Antrag einstimmig zugestimmt:

„In Anbetracht der sich häufenden politischen Mißgriffe auf Grundlage des § 361, Ziffer 6 des Reichs-Straf-Gesetzbuches erklärt der Bund deutscher Frauenvereine diesen Paragraphen, der ein Ausnahmegesetz für das weibliche Geschlecht enthält, für eine Schmach der gesammten deutschen Frauenwelt. Die zahlreichen

**Verhaftungen unbescholtener Frauen**

beweisen, daß jede Frau einer unwürdigen Polizeiwillkür preisgegeben ist, und die Polizei, welche dem Schutze und der Sicherheit der Bürgerschaft dienen soll, wird durch diesen Paragraphen zu einer Gefahr für die weibliche Hälfte des Volkes. Der Bund deutscher Frauenvereine hält es daher für die unabweisbare Pflicht jedes deutschen Ehrenmannes, solidarisch mit den deutschen Frauen von den gesetzgebenden Körperschaften die Beseitigung dieses Paragraphen zu verlangen."

Danach tritt eine Frühstückspause ein.

**Die Frauen und das Schulwesen.**

Nach Wiedereröffnung der Verhandlung beförwortete Frau Emma **Regnier**-Frankfurt a. M. folgenden Antrag der Abtheilung Frankfurt des Vereins „Frauenbildung, Frauenstudium":

„Der Bund deutscher Frauenvereine möge im Besonderen durch eine Petition an die Regierung und im Allgemeinen durch Propaganda für Zulassung der Mädchen in Gymnasien, Realgymnasien, Oberrealschulen und Realschulen für Knaben in Preußen und Sachsen eintreten."

Dr. jur. Knüttel-Karlsruhe theilte mit, daß in Baden, zum Theil auch in Württemberg und Oldenburg, Mädchen in höheren Knabenschulen aufgenommen werden, ohne daß sich irgendwelche Mißstände ergeben hätten.

Nach längerer Besprechung gelangte der Antrag mit der Aenderung zur Annahme, daß die Worte „in Preußen und Sachsen" gestrichen und dafür gesagt wurde: „in allen deutschen Bundesstaaten, wo die Zulassung noch nicht erfolgt ist".

Frau Julie **Bassermann**-München, Gemahlin des bekannten Reichstags-Abgeordneten, befürwortete einen Antrag der Abtheilung Mannheim des Vereins „Frauenbildung, Frauenstudium" auf Absendung einer Petition an das preußische Abgeordnetenhaus und an die übrigen Einzelstaaten, betreffend Zuziehung von Frauen zu den Schulaufsichtsbehörden und Schuldeputationen. Nach längerer Erörterung wurde beschlossen: Den Antrag einer aus Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Lehrerinnen-Vereins und des Vereins „Frauenstudium, Frauenbildung" bestehenden Kommission zur Ausarbeitung zu überweisen.

Frau Alice **Bensheimer**-Mannheim hatte ebenfalls im Namen der Abtheilung Mannheim des Vereins „Frauenbildung, Frauenstudium" folgenden Antrag eingereicht: „Der B. d. Fr. möge eine Kommission ernennen, die die Frage der Mutterschaftskassen studiren und innerhalb Jahresfrist im „Zentralblatt" einen Bericht über ihre Arbeit und etwaige Vorschläge zu dieser Sache veröffentlichen möge." Frau Bensheimer erklärte, daß sie den Antrag zurückziehe und ersuche: Die Angelegenheit der Kommission für Arbeiterinnenschutz zu überweisen. — Dieser Antrag gelangte sogleich einstimmig zur Annahme.

**Der Kampf um das Frauenstimmrecht.**

Lehrerin Fräulein Lischnewska-Spandau stellte im Namen des Fortschrittlichen Vereins die Interpellation: „Welche Verpflichtungen erwachsen den Bundesvereinen nach § 2 der Satzungen gegenüber der Frage des Frauenstimmrechts?" Die Interpellantin führte aus: Infolge des Beschlusses des vorjährigen Kongresses der fortschrittlichen Frauenvereine in Berlin betreffs Erkämpfung des Frauenstimmrechts hat Frau Dr. Heidfeld-Danzig in der „Danziger Zeitung" diese Forderung in abfälliger, höhnischer Weise kritisirt. Die Männer, die vielfach gegen das politische Frauenstimmrecht sind, haben also eine Unterstützung von einer Seite erhalten, wie sie sie sich nicht besser wünschen konnten. Ich halte es deshalb für dringend erforderlich, zu dieser überaus wichtigen Frage bestimmte Stellung zu nehmen. Wenn die Frauen etwas erreichen, d. h. die Klinke der Gesetzgebung in die Hand bekommen wollen, mit einem Worte, wenn wir wollen, daß die Frauenbewegung ernsthaft genommen werde, dann müssen wir mit Entschiedenheit das politische Frauenstimmrecht verlangen. So lange wir dies nicht haben, werden wir Erfolge nicht verzeichnen können. Sehen wir doch auf andere Länder, in denen das politische Frauenstimmrecht längst eingeführt, der Staat aber trotzdem nicht eingestürzt ist. Wenn wir

**ein neues Frauengeschlecht**

erziehen wollen, das den modernen Zeitverhältnissen entspricht, dann müssen wir das politische Stimmrecht haben. (Lebhafter Beifall.)

Es entspann sich hierauf eine längere Erörterung, ob die Generalversammlung befugt sei, in eine Besprechung dieser Angelegenheit einzutreten und Beschlüsse zu fassen. Es wurde schließlich die Besprechung beschlossen.

Frau Dr. Heidfeld-Danzig: Ich habe das Recht, gegen das politische Frauenstimmrecht in der Presse zu polemisiren. Ich habe das gethan in meinem und im Namen des Vorstandes des Danziger Frauenvereins. In höhnischer Weise habe ich nicht polemisirt. Das Recht der Kritik lasse ich mir aber von Niemandem nehmen.

Fräulein Anna Pappritz-Berlin: Mein Verein lehnt es ab, die Interpellation zu behandeln; mein Verein steht auf dem Standpunkt: „Jeder blamirt sich, so gut er kann!" (Heiterkeit.) Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß den Frauen in allen gesetzgebenden Körperschaften Sitz und Stimme gewährt werde. Wenn wir die Prostitution mit Erfolg bekämpfen wollen, dann müssen wir mit den Männern politisch gleichberechtigt sein. Wären im Reichstag bei Berathung der lex Heinze

**weibliche Reichstagsabgeordnete**

gewesen, dann hätte der Arbeitgeber-Paragraph Annahme gefunden. Ich bin der Meinung, wir haben durchaus nicht nöthig, so sehr ängstlich zu sein. Bekanntlich ist Fräulein Helene Lange auf der kirchlich-sozialen Frauenkonferenz für das Frauenstimmrecht eingetreten. Herr Hofprediger Stöcker sagte: Es haben ihm dabei die Knie gezittert. (Große Heiterkeit.) Derartige Vorkommnisse dürfen uns aber nicht hindern, das, was wir für recht und nothwendig halten, mit voller Entschiedenheit zu fordern. (Lebhafter Beifall.)

Fräulein Dr. jur. Augspurg: Es sei jedenfalls wenig ritterlich, wenn ein Mitglied des Frauenbundes bei einer der wichtigsten Frauenforderungen ihren Mitschwestern in den Rücken falle. (Ergiebt keine Freiheit der Diskussion im Frauenbund?)

Nach noch längerer Erörterung, in der sich alle Rednerinnen für das politische Frauenstimmrecht erklärten, gelangte folgender Antrag von Frau Marie Wegner-Düsseldorf mit großer Mehrheit zur Annahme:

„Es ist dringend zu wünschen, daß die Bundesvereine das Verständniß für den Gedanken des Frauenstimmrechts nach Kräften fördern, da alle Bestrebungen der Bundesvereine erst durch das Frauenstimmrecht eines dauernden Erfolges sicher sind."

Danach schloß die Sitzung.

In der Abends abgehaltenen öffentlichen Versammlung sprachen Fräulein Pappritz-Berlin über die wirthschaftlichen Ursachen der Prostitution, Frau Hanna Bieber-Böhm-Berlin über die Gefährdung der Jugend und das Fürsorge-Erziehungsgesetz.

## Kommunales.

× **In der gestrigen Sitzung der Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung** entspann sich eine sehr lebhafte und eingehende Debatte über die Wahl des sozialdemokratischen Stadtverordneten Obst und über die gegen diese Wahl erhobenen Einsprüche, die von zwei Seiten vorliegen. Der eine Einspruch stützt sich darauf, daß 5 Personen ihr Wahlrecht ausgeübt haben, obwohl sie ihre Steuern nicht bezahlt hatten. Ferner wird behauptet, daß vier andere Personen gewählt hätten, obwohl sie am Tage der Wahl nicht mehr Einwohner Schönebergs waren. Der Ausschuß zur Vorprüfung der Gültigkeit der Stadtverordnetenwahlen hat diesen Einspruch für unbegründet erklärt. Nach § 5 Nr. 3 der Städte-Ordnung hätten diese Personen allerdings nicht wählen dürfen, indessen sind nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 9. Dezember 1896 alle diejenigen Personen wahlberechtigt, die in der Wählerliste verzeichnet stehen. Stadtverordneter Schneider bestritt die Berechtigung dieser Entscheidung und beantragte, die Wahl für ungiltig zu erklären und eine Neuwahl vornehmen zu lassen. Stadtv. Justizrath Dr. v. Gordon war der Ansicht, daß die Entscheidung das Rechte getroffen habe, da unter allen Umständen ein Termin festgesetzt werden müsse, von dem an Zweifel gegen die Richtigkeit der Wählerliste nicht mehr erhoben werden dürfen. Auch den zweiten Einspruch, wonach vom Wahlvorstand 50 bis 60 Personen zurückgewiesen sein sollen, weil sie nicht mehr in Schöneberg wohnten, hält der Ausschuß nach genauerer Untersuchung der Angelegenheit für unbegründet. Die Versammlung trat den Beschlüssen des Ausschusses bei und erklärte die Wahl des Stadtv. Obst mit 33 gegen 13 Stimmen für giltig. Der Abschluß eines neuen Vertrages zwischen der Stadt Schöneberg und dem Berliner Fuhrherrn Rüngel wegen Ausführung von Krankentransporten wurde genehmigt. In diesem Vertrage, der am 1. Oktober 1902 in Giltigkeit tritt und bis zum 1. Oktober 1907 dauert, wird der Stadt Schöneberg von dem Unternehmer eine Preisermäßigung zugestanden, doch stellt der Magistrat die Bedingung, daß auf besondere Anordnung der Aerzte die entsandten Wagen mit Federn neuester Konstruktion oder Gummirädern versehen sein müssen. Von den beiden Petitionen, die der Magistrat bezüglich der Fleischtheuerung und des Ausscheidens der Stadt Schöneberg aus dem Landtagswahlbezirk Nr. 9 an das Staatsministerium gerichtet hat, nahm die Versammlung Kenntniß. Zum Vorsteher des 5. Stadtbezirks wurde der Drogenhändler Voges, Hauptstraße 100, gewählt.

## Aus den Vororten.

†† **Die „polnische Gefahr" in Charlottenburg.** Man schreibt uns: In einer Reihe von Blättern ist jetzt zu lesen, daß „die Polen" bei den Kirchengemeindewahlen der katholischen Herz Jesu-Gemeinde in Charlottenburg eine schwere Niederlage erlitten hätten in Folge des einmüthigen Zusammenstehens der deutschen Wähler. Diese „patriotische" Großthat erscheint freilich in ganz anderem Lichte, wenn man die eigenartige Rektung Charlottenburgs aus der „polnischen Gefahr" etwas näher betrachtet. Die Katholiken in Charlottenburg bilden eine einzige Gemeinde, die etwa 20 000 Seelen umfaßt; ein großer Theil von ihnen, circa 8000, sind Polen. Die Kirchenwahlen wurden bisher allein von dem Pfarrer, Erzpriester Faber und seinen Anhängern dirigirt, und auch jetzt wurden aus diesen Kreisen nur solche Kandidaten aufgestellt, denen, wie ausdrücklich in einem Wahlflugblatte der „Ordnungspartei" bemerkt wurde, Herr Erzpriester Faber die Zensur „Gute Katholiken" ertheilt hatte! Ein Theil der Katholiken wollte sich indessen nicht willig der Führung des Erzpriesters anvertrauen, verlangte Verbesserungen in der Verwaltung der Gemeinde und auch sonst eine energische Wahrnehmung der Interessen der Gemeindemitglieder. Diese Opposition wurde von dem Pfarrer und seinen Freunden nachdrücklichst bekämpft, siegte jedoch trotzdem bei den Wahlen zum Kirchenvorstand, da ihre drei Kandidaten eine Mehrheit von ca. 50 Stimmen erlangten. Die Partei des Pfarrers war wüthend, legte sofort gegen die Wahl Protest ein und beschloß, bei den nun folgenden Wahlen von neun Mitgliedern der kirchlichen Gemeindevertretung ein Wahlmanöver anzuwenden, das nicht mehr neu ist, sondern auch leider immer wieder zu Erfolgen verhilft. Man nutzte die Thatsache, daß sich unter den drei in den Kirchenvorstand Gewählten ein Pole befand und auf der Kandidatenliste der Opposition für die Gemeindevertreter-Wahlen vier Herren mit polnischen Namen standen, in geschickter Weise aus, obwohl der schon erwähnte starke Antheil der Polen an der katholischen Bevölkerung in Charlottenburg jene scheinbar auffällige Erscheinung ohne Weiteres erklärt. Die Pfarrerspartei sprach von polnischen Demonstrationen, rief die deutschen Wähler zum Kampfe gegen die Polen auf und suchte den Anschein zu wecken, als kämen hier auf der einen Seite „patriotische", auf der anderen antideutsche Bestrebungen in Betracht. Dabei zählten die „Alldeutschen" zu ihren Kandidaten auch einen Herrn, Namens Johann Sikora, während sich unter den angeblich „polnischen" Bewerbern Männer wie der städtische Rektor Golisch, der Dachdeckermeister Meise, der Bäckermeister Michler, der Kanzlisekretär Jahn und der Heilgehilfe Rocholl befanden, Leute, die mit polnischen Agitationen nicht das Geringste zu thun haben und von denen Michler auch von der „Ordnungspartei" aufgestellt wurde. Das Resultat der Wahlen zur Gemeindevertretung war, daß sämmtliche neun Kandidaten der Partei des Pfarrers mit einer Majorität von 25 Stimmen gewählt wurden. Hierdurch wurde nun ein „großer Sieg des Deutschthums über das Polenthum" konstruirt, obgleich bei dem ganzen Wahlkampfe lediglich lokale Interessen eine wirkliche Rolle spielten und sich Freunde und Gegner des Erzpriesters gegenüberstanden.

†† **Die Schulsälen in den Vororten.** Die Regierung hatte zu Beginn dieses Jahres den Berliner Vororten mitgetheilt, daß die staatlichen Zuschüsse zu den Lasten der Gemeindeschulen bedeutend gekürzt werden müßten und wahrscheinlich den großen Berliner Vororten später überhaupt nicht mehr gewährt werden würden. In der That haben verschiedene Vororte in diesem Jahre sehr bedeutend weniger an Schulzuschüssen erhalten, Rixdorf z. B. 10 000 Mark anstatt 20 000 Mark. Im Laufe des Jahres hat die Regierung aber fast allen in Frage kommenden Orten Extrazuschüsse gewähren müssen. Während der Zuzug besser situirter Leute, besonders der Zuzug von Beamten nach den Vororten nachgelassen hat, ist die Zahl der kleinen Leute und der Arbeiter in den Vorortgemeinden erheblich gestiegen, und damit sind auch die den einzelnen Gemeinden entstehenden Unkosten für die Gemeindeschulen gewachsen. Die Regierung verlangte die Anstellung weiterer Lehrkräfte und stieß nun besonders bei den ärmeren Gemeinden auf Widerstand. In einigen Fällen, so in Lichtenberg und Neu-Weißensee, mußte mit der zwangsweisen Einstellung der Kosten für anzustellende Lehrer in den Etat der Gemeinden gedroht werden. Die Gemeinden erklärten dann der Regierung, daß sie die Nothwendigkeit, neue Lehrer anzustellen und ihre Schulhäuser zu erweitern und neue zu erbauen, anerkennen, daß die Etats aber ohne einen bedeutenden Zuschuß der Regierung mit einer Unterbilanz abschließen würden. Nun hat die Regierung aller Orten nachgeandet den Zuschuß wieder erhöht. In Lichtenberg machte in der letzten Gemeindevertreter-Sitzung Bürgermeister Ziethen die Mittheilung, daß der Gemeinde ein außerordentlicher Zuschuß von 6000 M. zu den Schullasten bewilligt worden sei.

†† **Gegen die Fleischnoth.** Eine große Volksversammlung in Tegel, die in Trapp's Festsälen tagte, beschäftigte sich gestern mit dem „Fleischwucher und der Fleischnoth". Das Referat hatte Hermann Schulz-Borsigwalde übernommen. An der Hand von statistischem Material aus 23 Städten legte der Redner dar, wie im Laufe der letzten zehn Jahre das Kilogramm Schweinefleisch von 1,35 M. auf 1,80 M. im Jahre 1896 gestiegen, von da ab aber in schneller Steigerung den Preis von 1,51 M. für Berlin, in Aachen sogar 1,80 M. erreicht hätte. Der Fleischwucher hätte es erreicht, daß selbst das Pferdefleisch um 25—33⅓ pCt. im Preise gestiegen sei. Die Versammlung nahm nach kurzer Diskussion eine Resolution an, worin eindringlich Protest gegen die wirthschaftliche Vergewaltigung des Volkes zu gunsten einer winzigen Zahl von agrarischen Interessenten erhoben und Aufhebung der Grenzsperre unter Anwendung hinreichender sanitärer Kontrolle gefordert wird. Gleichzeitig protestirte die Versammlung einstimmig gegen die im neuen Zolltarifentwurf geplante Erhöhung der Viehzölle, welche die Fleischnoth nur weiter erhöhen würde.

†† **Der Schwiegersohn als Einbrecher.** Dem bejahrten Arbeiterehepaar Ott in Spandau wurde am Sonnabend während seiner Abwesenheit aus der Wohnung mittels Einbruchs ein Sparkassenbuch über 800 M. gestohlen; dieser Betrag stellte die während ihres ganzen Lebens durch mühsame Arbeit erworbenen Ersparnisse der alten Leute dar. Bevor der Diebstahl zur Anzeige gebracht wurde, hatte der Spitzbube die ganze Summe bis auf wenige Mark bereits auf der städtischen Sparkasse abgehoben und ist mit der Beute spurlos verschwunden. Der Thäter ist als der Schwiegersohn der alten Leute, Arbeiter Reinhold Barz, ermittelt worden. Er hat zuletzt öfters geäußert, daß er nach Amerika auswandern will. Hierzu will er das gestohlene Geld jedenfalls benutzen. Frau und Kinder hat er in Noth zurückgelassen.

## Militärgerichtliches.

§§ **Ein Burenkämpfer vor dem preußischen Kriegsgericht.** Aus Düsseldorf, 6. Oktober, wird uns geschrieben: Ein alter Rekrut ist der 42jährige Hermann Beckenahl aus Altenessen, der sich heute vor dem hiesigen Kriegsgericht wegen Fahnenflucht zu verantworten hatte. B. hatte sich im Jahre 1881 dem Eintritt in das stehende Heer durch die Flucht entzogen, sich lange Jahre hindurch in Amerika aufgehalten und in der ersten Hälfte des südafrikanischen Krieges auf Seiten der Buren gegen die Engländer gekämpft. Nach Gefangennehmen und auf St. Helena internirt, war B. im August dieses Jahres entlassen worden und hatte sich, da er nach Südafrika nicht zurückkehren durfte, im September beim Essener Bezirkskommando freiwillig gestellt. Das Urtheil gegen ihn lautete auf sieben Monate Gefängniß und Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes; voraussichtlich wird der Verurtheilte auch noch seiner militärischen Dienstpflicht genügen müssen.

Verantwortlich für den politischen Theil Karl Vollrath, für das Feuilleton Rudolf Elcho, für den übrigen redaktionellen Theil des Blattes Georg Siegerist, sämmtlich in Berlin.